

Kommunalwahlprogramm

2004 - 2009

BÜRGER

UNION
RATINGEN

kompetent · aufrichtig · unabhängig

Inhaltsverzeichnis

A. Warum die BÜRGER-UNION RATINGEN gegründet wurde	2
I. Neue Partei in christdemokratischer Tradition	2
II. Wiederherstellung demokratischer Grundprinzipien	2
III. Raterger Verhältnisse	3
IV. Behinderung des Bürgerbegehrens zum Stadtwerke-Verkauf	3
V. Die bürgerliche Alternative	4
B. Programm	5
I. Haushalt und Finanzen	5
II. Wirtschaftsförderung	6
III. Schule und Bildung	8
IV. Stadtentwicklung	10
V. Umwelt	12
VI. Privatisierung	12
VII. Flughafen Düsseldorf	14
VIII. Zukunft der Stadtwerke	15
IX. Bürgersicherheit	15
X. Soziale Verantwortung	16
XI. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger	17
XII. Kultur und Sport	18
XIII. Mit den Bürgern für die Bürger	20

A. Warum die BÜRGER-UNION RATINGEN gegründet wurde

I. Neue Partei in christdemokratischer Tradition

Als neue lokalpolitische Kraft wurde auf einer Gründungsversammlung am 06.05.2004 die **BÜRGER-UNION RATINGEN** ins Leben gerufen. In dem Namen der neuen Partei spiegelt sich ihre politische Heimat wider: die bürgerliche Mitte. Zahlreiche Mitglieder haben - zum Teil jahrzehntelang - der CDU angehört, haben diese jedoch aus Enttäuschung über die Ratinger Lokalpolitik der CDU-Ratsmehrheit verlassen. Außerdem befindet sich eine Reihe von engagierten Bürgern aus ganz Ratingen, die bereits in der Initiative gegen den Ausverkauf der Stadtwerke gegen die Politik der Ratsmehrheit gekämpft haben, unter den Mitgliedern der **BÜRGER-UNION RATINGEN**. Hierzu gehören auch die Initiatoren und Bevollmächtigten des Bürgerbegehrens, Prof. Dr. Hans Petry, Heinz Brazda und Rainer Vogt.

Das erklärte Ziel der **BÜRGER-UNION RATINGEN** ist es, bei der Kommunalwahl am 26.09.2004 nicht nur die absolute Mehrheit der CDU im Rat der Stadt zu brechen, sondern auch eine CDU/FDP-Mehrheit zu verhindern. Damit einher geht der feste Vorsatz, die Ratinger Lokalpolitik von Klüngel und Abhängigkeiten zu befreien sowie eine Grundlage des Vertrauens zu schaffen.

Die CDU selbst ist sich ja, zumindest intern, über den desolaten Zustand der Partei im klaren. So heißt es in einem Strategiepapier des geschäftsführenden Vorstandes des CDU-Stadtverbandes von Juli 2003 wahrheitsgemäß:

„Bald ein Jahr vor der Kommunalwahl am 26.09.2004 gilt es Rückschau zu halten und den Blick nach vorne zu richten. In der öffentlichen Wahrnehmung und Berichterstattung stellt die CDU in Ratingen heute keine Einheit dar. Im Bewusstsein vieler Menschen in dieser Stadt hat die CDU - Bürgermeister und Fraktion im Rat der Stadt - wenig Erfolge und Ergebnisse ihrer Arbeit vorzuweisen.“

II. Wiederherstellung demokratischer Grundprinzipien

Für die **BÜRGER-UNION RATINGEN** ist nicht hinnehmbar, dass die CDU/FDP-Ratsmehrheit im Zusammenwirken mit der Verwaltungsspitze in den vergangenen Jahren demokratische Grundprinzipien außer Kraft gesetzt hat. Wichtige kommunalpolitische Entscheidungen werden in kleinen CDU/FDP-Zirkeln in Hinterzimmern getroffen, und zwar geleitet von Parteibuchdenken und Pfründewirtschaft. Rats- und Ausschusssitzungen sind häufig eine Farce. Anregungen und Meinungen der übrigen Ratsfraktionen sind nicht gefragt und werden geschäftsordnungsmäßig von der CDU/FDP-Mehrheit abgewürgt. Der Verwaltungschef, Bürgermeister Wolfgang Diedrich, sowie ein Teil der CDU/FDP-Beigeordneten übernehmen Anträge und Vorstellungen der politischen Mehrheit kritiklos, auch dann, wenn eine sachkundige Verwaltung Beanstandungen aussprechen müsste. Im Gegenzug werden Fehlleistungen der Verwaltung von der CDU/FDP-Mehrheit beanstandungslos hingenommen und durch entsprechende Beschlüsse abgeseget.

Damit ist die wechselseitige, gesetzlich vorgegebene Kontrolle von Verwaltung und Stadtrat zum Schaden der Stadt und ihrer Bürger außer Kraft gesetzt.

Bürgermeister Wolfgang Diedrich hat zwar in den vergangenen Jahren ruhe- und rastlos an fast allen städtischen Veranstaltungen und Ereignissen pressewirksam teilgenommen. Er hat jedoch letztlich nur das fortgesetzt, was er vor Abschaffung der Doppelspitze (*Stadtdirektor/ehrenamtlicher Bürgermeister*) als ehrenamtlicher Bürgermeister bereits getan hat. Leider hat er jedoch nicht die ureigenen Aufgaben und die Stellung eines Verwaltungschefs nach dem Gesetz ausgefüllt:

„Der Bürgermeister ist verantwortlich für die Leitung und Beaufsichtigung des Geschäftsgangs der gesamten Verwaltung. Er leitet und verteilt die Geschäfte.“

III. Rater Verhältnisse

Die jahrelange „CDU-Regierung“ hat dazu geführt, dass Bürger und Unternehmen gezwungen sind, sich zusehends, ob sie wollen oder nicht, „anzupassen“. Wer Genehmigungen benötigt, Aufträge und Leistungen erhalten will, wird schnell feststellen, dass er auf den Good Will der Mehrheitsfraktionen angewiesen ist. Ein offenes Bekenntnis zu anderen Parteien und insbesondere auch zu Kritikern der CDU/FDP-Kommunalpolitik führt zu Nachteilen, wenn nicht sogar zu Ausgrenzungen.

Diesem unhaltbaren Zustand wird die **BÜRGER-UNION RATINGEN** ein Ende bereiten.

IV. Behinderung des Bürgerbegehrens zum Stadtwerke-Verkauf

Ein Paradebeispiel dafür, wie CDU/FDP und Verwaltung zur Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger stehen, ist das Bürgerbegehren zum Ausverkauf der Stadtwerke. Dieses wurde in jeder Hinsicht behindert (*keine Wahlbenachrichtigung, Änderung und schlechte Ausschilderung der Wahllokale*). 14.108 Bürger haben sich gegen einen weiteren Verkauf von Stadtwerke-Anteilen ausgesprochen, nur 687 Stimmen haben sich am 15.06.2003 für den Verkauf entschieden. Es haben lediglich 432 Stimmen gefehlt, um die gesetzlich vorgegebene Mindestzahl von 20 % der 72.702 Wahlberechtigten zu erreichen. Hierfür war die bewusst undemokratische Durchführung des Bürgerentscheids ausschlaggebend. Viele Bürger brachten durch Leserbriefe und Anrufe ihre Verärgerung zum Ausdruck.

Beispiele hierfür:

Behinderung der Bürger eine Sauerei

Ich bin sprachlos, wie undemokratisch ein gewählter Bürgermeister und zwei Parteien vorgehen können. Motto: Wie machen wir es dem Souverän möglichst schwer, seine Meinung kundzutun. Da werden Wahllokale verlegt, und das ohne Benachrichtigung. Sauerei!!!

A. Gesser, 40878 Ratingen

Bürgermeister ließ Plakat zerstören

Nachdem wir am Sonntag im Wahllokal unsere Stimme abgegeben haben, sind wir zum „Tag der offenen Tür“ im Wasserwerk gefahren. Gleichzeitig mit uns traf unser Bürgermeister ein. Seine erste „Amtshandlung“ bestand darin, jemanden loszuschicken, der das Plakat gegen den Stadtwerkeverkauf gegenüber dem Wasserwerk demontierte und zerstörte.

Es ist interessant zu sehen, wie unser oberster Bürgervertreter (von uns gewählt und bezahlt) mit der Demokratie umgeht. Schade, dass er auch noch Erfolg damit hatte.

Dagmar Zimmermann
Ernst-Tacke-Weg 3
40878 Ratingen

An Wahlen erinnern

Es bleibt nur zu hoffen, dass sich einige Ratinger Bürger an das Verhalten ihrer „Obrigkeit“ erinnern, wenn die nächsten Wahlen anstehen.

Jens Mülte
Hans-Böckler-Straße 40
40878 Ratingen

Chance vertan

Über das undemokratische Verhalten der CDU/FDP und der Verwaltungsspitze bin ich empört. Es kann doch nicht Ziel der Politik sein - den Bürger nur vor den Kopf zu stoßen. Ich hoffe, die Bürger geben bei der Kommunalwahl 2004 diesen „Volksvertretern“ die Quittung für dieses Verhalten.

Jörg Bach
Rodeskothen 12
40882 Ratingen

Die BÜRGER-UNION, deren führende Vertreter sich seinerzeit an dem Bürgerbegehren an vorderster Stelle intensiv beteiligt haben, wird alles daran setzen, in Ratingen wieder für saubere politische, demokratische Verhältnisse zu sorgen.

V. Die bürgerliche Alternative

Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird sich bei den Kommunalwahlen im September in allen 25 Wahlbezirken mit engagiertem, qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stellen. Es handelt sich hier um Bürger, die aus unterschiedlichen Berufen stammen und über die Qualifikation und Kompetenz verfügen, um sachkundig und unabhängig in den Ratsgremien Entscheidungen im Interesse der Bürgerschaft zu treffen. Alle gehen davon aus, dass es gerade in der heutigen Zeit notwendig ist, ehrenamtlich einen Teil der Freizeit für öffentliche Belange einzusetzen. Es stellt sich schon lange nicht mehr die Frage, was der Staat, die Stadt für den einzelnen tun kann, sondern vielmehr, was der einzelne bereit ist, für die Gemeinschaft aufzubringen.

Der Vorsitzende der **BÜRGER-UNION RATINGEN**, Lothar Diehl, war seit Ende 1991 CDU-Mitglied und gehört seit 1994 dem Stadtrat an. In dieser Wahlperiode war er zwei Jahre stellvertretender Fraktionsvorsitzender, bevor er sein Amt niederlegte, weil er viele Entscheidungen der übrigen Vorstandsmitglieder nicht mehr mitverantworten konnte.

Die vorausgegangenen Erläuterungen dokumentieren, dass wir genau die politische Lücke schließen wollen, die der ehemalige stellvertretende Geschäftsführer der IHK Düsseldorf und CDU-Wähler, Othmar Kalthoff, in einem Leserbrief wie folgt beklagt hat:

„Auch dem sonstigen Führungspersonal der Ratinger CDU, das sich leider allzu oft durch Inkompetenz, Filz und Affären hervortut, scheint ein ausgewiesener Wirtschafts- und Finanzexperte (Anmerkung: gemeint ist der Kämmerer Harald Birkenkamp) nur lästig zu sein. Wer in eigenen Reihen dagegen seine Stimme erhebt, wie das mutige Ratsmitglied Diehl, muss das dann mit organisiertem Mobbing seiner „Partei-freunde“ bezahlen.

Ich rechne mich durchaus dem bürgerlichen Lager zu. Eine hiesige SPD ist für mich nicht wählbar. Eine Diedrich-CDU allerdings ebenso wenig. Ich kann mir vorstellen, dass manche potenziellen CDU-Wähler genauso denken und handeln. Möglicherweise ist eine empfindliche Schlappe bei der nächsten Kommunalwahl jedoch das einzige Mittel, die Partei zu einer dringenden notwendigen Reform an Haupt und Gliedern (vor allem am „Haupt“) zu zwingen.“

B. Programm

Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird alles daran setzen, die aufgezeigten, offenkundigen Missstände endgültig zu beseitigen. Im Rahmen dessen wird sie sich vorrangig mit folgenden Politikfeldern befassen:

I. Haushalt und Finanzen

Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird sich für eine solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzplanung einsetzen. Wenn Bürgermeister Wolfgang Diedrich und der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Udo Schäckermann im Vorwort für das CDU-Wahlprogramm wörtlich ausführen:

*„Dank der CDU wurden Schulden abgebaut.
Den Weg wollen wir weiter gehen, damit es uns bald
schuldenfrei noch besser geht“,*

so ist die erste Aussage schlicht falsch und die zweite fern jeglicher Realität.

Fakt ist vielmehr, dass in den Jahren 1999 bis einschließlich 2004 die Schulden von ca. 126 Mio. € um 24 Mio. € auf ca. 150 Mio. € ansteigen werden. Per Mai 2004 beträgt der Schuldenstand bereits ca. 135 Mio. €. Die geplante Kreditaufnahme für den Finanzplanungszeitraum 2004 bis 2005 beläuft sich auf 62,8 Mio. €, wovon bei dieser eklatanten Neuverschuldung allein 44,9 Mio. € sich auf sogenannte unrentable Investitionen beziehen. Ausgaben für die notwendige Sanierung des Rathauses in Höhe von mehr als 10 Mio. € sind hierbei nicht einmal berücksichtigt, sie sind bislang im Etat nicht vorgesehen.

Dabei ist Ratingen eigentlich eine ungewöhnlich steuerstarke Stadt. So betrug der Rücklagenbestand (*Ersparnisse*) zum 01.01.2001 rund 29,6 Mio. €. Innerhalb von 3 Jahren wurde dieser freiwillige Rücklagenbestand zum Ausgleich des Haushalts restlos verbraucht. Zu Recht beanstanden sowohl die kommunale Aufsicht des Kreises Mettmann, der Landrat als auch die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW seit Jahren den ungebrochen hohen Anstieg der Neuverschuldung.

Neuverschuldung muss gestoppt werden

Die dargelegte Finanzsituation macht es notwendig, der in den vergangenen Jahren ausufernden Schuldenpolitik der Mehrheitsfraktionen entschieden entgegenzutreten. Die unverantwortliche Neuverschuldung ist deshalb zu beenden. Zwin-

gend notwendige Investitionen wie Schulbauten und Schulsanierungen sind im Haushalt zu veranschlagen. Entsprechendes gilt auch für nicht aufschiebbare Kanalsanierungen und Kanalerneuerungen, die über den Gebührenhaushalt finanziert werden. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird darauf achten, dass eine Abwägung nach **notwendigen, wichtigen und wünschenswerten** Maßnahmen erfolgt. Freiwillige Investitionen dürfen nur dann getätigt werden, wenn diese eigenfinanziert werden, also nicht über Kredite. Nur auf dieser Grundlage wird die Netto-Neuverschuldung darauf begrenzt, dass die Nachfolgegeneration nicht einen Schuldenberg der jetzigen Generation unter Verlust jeglicher Gestaltungsmöglichkeiten abtragen muss.

Kein Geld für Prestigeobjekte

Daher wird die **BÜRGER-UNION RATINGEN** auch nicht akzeptieren, dass nicht finanzierbare Prestige-Objekte beschlossen werden. Städtische Investitionen müssen vorweg auf ihre Folgekosten hin überprüft werden.

Strikte Einhaltung haushaltsrechtlicher Vorschriften

Im besonderen Maße wird die **BÜRGER-UNION RATINGEN** darauf achten, dass nicht weiterhin haushaltsrechtliche Vorschriften verletzt werden und dies von einer Ratsmehrheit zu Lasten der steuerzahlenden Bürgerschaft kommentarlos hingenommen wird. Es ist nicht akzeptabel, dass die Verwaltung unter Verletzung der Finanzhoheit des Stadtrates Mehrausgaben tätigt, die nachträglich außer- und überplanmäßig finanziert werden müssen. Die Personalkosten der Stadt Ratingen sind unter Führung von Bürgermeister Diedrich und der CDU-Ratsmehrheit in den Jahren 1999 bis 2004 nicht nur von rund 43,2 Mio. € um rund 4,9 Mio. € auf rund 48,1 Mio. € angestiegen, sondern in drei aufeinander folgenden Jahren wurden Mehrausgaben von jeweils bis zu 1 Mio. € ohne Etatansatz, also ohne Mitwirkung und Zustimmung des Stadtrates, getätigt. Das Stadion wurde mit 4,7 Mio. € umgebaut. Die Baukostensteigerung von 1,4 Mio. € wurde nachträglich von der Ratsmehrheit CDU/FDP kritiklos hingenommen.

Im Wiederholungsfalle ist die Verwaltungsspitze, insbesondere jedoch der zuständige Dezernent, zur Verantwortung zu ziehen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist eine Verstärkung der Kosten- und Leistungskontrolle in allen Verwaltungsbereichen.

II. Wirtschaftsförderung

Steuern senken

Nachhaltigkeit, Konsistenz und Glaubwürdigkeit sollten die Markenzeichen der Ratzinger Wirtschaftspolitik sein. Folgende Ziele stehen für die **BÜRGER-UNION RATINGEN** im Vordergrund:

- Stärkung der Wirtschaft mit dem Ziel, Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung zu erhalten und zu schaffen,
- Stärkung und Förderung des städtischen Einzelhandels,

- Ansiedlung innovativer Unternehmen,
- Hilfestellung für ansässige Unternehmen.

Eine florierende Wirtschaft kommt nicht nur den Unternehmen zugute, sondern ganz direkt allen Ratinger Bürgern und sichert Arbeitsplätze. Ertragsstarke Unternehmen erhöhen die Gewerbesteuerereinnahmen der Stadt, hochwertige Arbeitsplätze tragen zu einem starken Einkommensteueraufkommen bei.

Deshalb ist es für die **BÜRGER-UNION RATINGEN** selbstverständlich, dass die heimische Wirtschaft nicht unnötig belastet werden darf. In ihrem Kommunalwahlprogramm von 1999 hatte auch die CDU versprochen, die Grund- und Gewerbesteuern zu senken. Doch genau das Gegenteil hat sie getan, die CDU-Ratsmehrheit hat 2003 sowohl die Gewerbe- als auch die Grundsteuer angehoben. Das war falsch und unnötig. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** strebt an, das nicht eingehaltene CDU-Wahlversprechen einzulösen, nämlich die Gewerbe- und Grundsteuern wieder zu reduzieren. Das entlastet alle Bürger, auch die Mieter, da die Grundsteuer Bestandteil ihrer Mieten ist.

Professionelle Verwaltung

Auch unsere Verwaltung kann eine Menge für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung tun. Ihre Stärke muss sich darin zeigen, dass sie sich als verlässlicher und kundenorientierter Dienstleister gegenüber den Unternehmen und Gewerbetreibenden versteht. Sie muss ihre Klientel unbürokratisch und fachmännisch in einem „Rathaus der kurzen Wege“ betreuen. Neugründer und interessierte Unternehmen müssen sofort „an die Hand genommen werden“. Qualifizierte Mitarbeiter der Verwaltung sind hier in besonderem Maße gefordert, wie dies beispielhaft grenznah in den Niederlanden geschieht, um an einer Ansiedlung interessierten Unternehmen sämtliche bürokratischen Notwendigkeiten abzunehmen. Es muss alles daran gesetzt werden, dass Ansiedlungsvorhaben so schnell wie möglich verwirklicht werden. Auch dies ist ein Bereich, auf den die **BÜRGER-UNION RATINGEN** ihr besonderes Augenmerk lenken wird.

Wie wichtig Professionalität in der städtischen Wirtschaftsförderung ist, zeigt sich am Beispiel der mit Abstand bedeutendsten Unternehmensansiedlung der letzten Jahre, der Weltzentrale des Modekonzerns Esprit. Mit Zähigkeit und großem Verhandlungsgeschick ist es dem damaligen Wirtschaftsförderungsdezernenten **Harald Birkenkamp** gelungen, diesen bedeutenden Arbeitgeber und Steuerzahler nach Ratingen zu holen. Es ist bezeichnend für die Führungskompetenz des Bürgermeisters, wenn er ausgerechnet den unbestrittenen Vater dieses Erfolges kurze Zeit später ohne ersichtlichen Grund von seinen Aufgaben entbindet und zusätzlich die Kosten der „Freistellung“ dem Bürger aufbürdet.

Stadtmarketing

Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung ist nicht denkbar ohne eine engagierte, selbstbewusste Außendarstellung der Stadt Ratingen. Diese hat mit der historischen, gemütlichen Innenstadt rund um den Marktplatz, den attraktiven Ortsteilen und ausgedehnten Grün- und Erholungszonen alle Voraussetzungen, um nicht nur Unternehmen, sondern auch Besucher neugierig zu machen und anzulocken. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** unterstützt solche Anregungen und

Maßnahmen, die geeignet sind, im kulturellen, sportlichen und auch wirtschaftlichen Bereich das Besondere der Stadt Ratingen herauszustellen und nach außen hin bewusst werden zu lassen. Hierbei ist es wichtig darauf zu achten, dass unter Mitwirkung der Stadt alle diejenigen in Arbeitskreisen zu Wort kommen, die entsprechende Beiträge mit Rat, Tat und gegebenenfalls finanziellen Mitteln leisten wollen. Denn Stadtmarketing kann nicht verordnet werden, sondern muss sich aus der Bürgerschaft, den Vereinen, Organisationen und auch aus den Unternehmen heraus entwickeln.

III. Schule und Bildung

Als entscheidende Ressource im globalen Wettbewerb erweist sich das Wissen. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** nimmt daher ihre Verantwortung im Sinne der Stadt als Schulträger sehr ernst. Die Schulen sind ein außerordentlich wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Hauptaufgabe der Schulverwaltung muss es deshalb künftig sein, in enger Kooperation mit den Schulleitern verlässliche Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche pädagogische Arbeit zu schaffen.

Ein umfangreiches Sanierungskonzept und ein Sachausstattungsprogramm sollten in Ratingen eine fördernde und lebendige Bildungslandschaft ermöglichen. Besonders wichtig ist uns die Vielfalt des schulischen Angebots, weil bei der Wahl der Schulform nicht unbedingt der höchstmögliche Abschluss, sondern die beste Förderung des einzelnen im Vordergrund stehen muss.

Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** möchte deshalb im schulischen Bereich weitere Prioritäten zur Herstellung von Chancengleichheit und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen.

Offene Ganztagschule

Die Offene Ganztagschule (*OGATA*) soll so bald und so flächendeckend wie möglich eingeführt werden. Das Bundes- und Landesprogramm soll hierfür in Anspruch genommen werden. Dabei sollen städtische Mittel so eingesetzt werden, dass ein qualitativ hochwertiges Angebot entsteht. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** will keine bloßen Verwahrorte für Kinder schaffen, sondern gleichermaßen für Betreuung, Bildung und Erziehung sorgen. Nach Presseverlautbarungen erfreut sich die Offene Ganztagschule einer bemerkenswert großen Nachfrage. Ausgelöst wird sie durch die zunehmende Berufstätigkeit beider Eltern und die Zunahme von Alleinerziehenden, die einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

Das NRW-Schulministerium will das Angebot im kommenden Jahr verdreifachen, so dass bei 690 Grundschulen in NRW 35.000 Schülerinnen und Schüler ganztätig betreut werden. In unmittelbarer Nachbarschaft, z. B. in Düsseldorf und in Mettmann, setzt man auf die Offene Ganztagschule. Unverständlicherweise hat die CDU-Ratsfraktion ein Programm für Ratingen bislang hartnäckig verweigert und damit einer Vielzahl von Familien einen Bärendienst erwiesen.

Master-Plan für Schulbauten

Es muss nicht näher betont werden, dass die Unterhaltung und Pflege der Schulen nach jahrelanger Vernachlässigung oberste Priorität besitzen. Erst in den letzten 2 Jahren hat sich der Stadtrat mit diesem Thema intensiver befasst. Bis-

lang wurden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen erst dann durchgeführt, wenn zwingende Notwendigkeiten bestanden (z. B. *Asbestsanierung, Brandschutzmaßnahmen, Einrichtungs- und Gebäudeschäden*) und Bürgerproteste diese unüberhörbar einforderten.

Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** hält es für notwendig, dass für die Schulen ein sogenannter Master-Plan erstellt wird, damit hier anhand eines Aufgabenkatalogs die erforderlichen Maßnahmen koordiniert werden. Denn nur in einem geordneten, sauberem Umfeld, in dem sich die Schülerinnen und Schüler wohlfühlen, lassen sich überhaupt die angestrebten und notwendigen Leistungen erbringen.

Musikschule

Die Musikschule soll nach den Vorstellungen der **BÜRGER-UNION RATINGEN** als eigene Einrichtung gleichzeitig auch nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden. Sie soll durch kundenorientierte Angebote neue Schüler gewinnen, dadurch ihre Effizienz steigern und so den Kostenansatz je Einwohner senken. Eine Stärkung des mehrgruppigen Unterrichts nach dem Modell anderer Städte halten wir für wünschenswert.

Berufskolleg Ratingen

Es ist erfreulich, dass das Berufskolleg in Ratingen verbleibt. Es ist auch richtig, dass der Bürgermeister Wolfgang Diedrich in einer morgendlichen Verhandlung mit dem Landrat und dessen Kämmerer eine Übereinkunft innerhalb kürzester Zeit getroffen hat. Der Landrat Thomas Hendele hat aus seiner Sicht zu Recht bei seiner Wahl durch die Kreis-CDU am 08.05.2004 zum Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl besonders stolz auf die Sanierung des Berufskollegs Ratingen hingewiesen. Er hat hierbei lediglich vergessen zu erwähnen, dass sein Verhandlungserfolg einseitig zu Lasten der Stadt Ratingen geht.

Die Sanierung der Berufsschule verursacht Kosten in Höhe von 8,5 Mio. Euro. Der Betrieb der Berufsschule ist aber eine Kreisaufgabe. Die Stadt Ratingen ist die einzige Stadt im Kreis Mettmann, die Eigentümerin einer Berufsschule ist. Alle anderen kreisangehörigen Gemeinden haben die Berufsschule an den Kreis veräußert. Eine Entscheidung, die Berufsschule an den Kreis zu einem Preis von jetzt umgerechnet 9 Mio. Euro zu verkaufen, scheiterte im Jahre 1998 unter anderem an dem Veto von Bürgermeister Diedrich. Dieser verkündete damals öffentlich, dass man ein solches „Filetgrundstück“ nicht verkaufen könne. Hierbei hatte er seinerzeit übersehen, dass der Kreis das Gebäude nur für Berufsschulzwecke übertragen erhalten hätte, ansonsten hätte die Stadt Ratingen das Grundstück zurückerlangen können. Der Stadt Ratingen fehlen damit in ihrer „Kasse“ nicht nur die damaligen 9 Mio. Euro, sondern sie muss zusätzlich als „Strafe“ 8,5 Mio. Euro an Sanierungskosten aufwenden.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Stadt Ratingen sich zudem über eine Umlage an allen Kosten der Berufsschulen im Kreis Mettmann - so auch an denjenigen der Berufsschulen in Hilden, Mettmann und Velbert beteiligt. Deshalb ist es nicht zu verantworten, dass die Stadt Ratingen die Sanierung von 8,5 Mio. Euro übernimmt, und zwar ohne jegliche Beteiligung des Kreises. Es ist der dilettantischen Verhandlungsführung des Bürgermeisters zuzuschreiben, dass die Stadt Ratingen als größter Zahler an der Kreisumlage sich in dieser Art und Weise hat übervorteilen lassen.

Im zukünftigen Stadtrat wird die **BÜRGER-UNION RATINGEN** ein derartiges amateurhaftes Verhandeln der Verwaltung nicht mehr zulassen.

IV. Stadtentwicklung

Im Rahmen der Stadtentwicklung ist für die **BÜRGER-UNION RATINGEN** die behutsame Behandlung von neuen Gewerbeflächen ein wichtiges Ziel. Der landschaftliche Freiraum muss erhalten bleiben. Die Stadtentwicklung darf nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, ausschließlich Großinvestoren vorbehalten werden. Bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden, müssen Baulücken vorrangig genutzt werden. Vorhandene Industriebrachen sind konsequent zu reaktivieren.

Wohngebiete

Bei der Ausweisung von neuen Wohngebieten müssen die Lebensbedingungen unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger berücksichtigt werden, damit sie sich aktiv in das soziale, kulturelle und politische Leben einbringen können. In den neuen Wohngebieten müssen ausreichend Dienstleistungen angeboten werden und vor Planungsabschluss ist darauf zu achten, dass ausreichende Verkehrswege und Verkehrsanbindungen bestehen.

Rathaus

Allen Beteiligten ist klar, dass das in der Innenstadt gelegene Rathaus saniert werden muss. Diese Erforderlichkeit spricht die CDU auch in ihrem jüngsten Wahlprogramm pauschal aus. Konkrete Aussagen sind jedoch nicht erkennbar, im Übrigen auch nicht von der Verwaltung. Es ist nicht auszuschließen, dass der Baudezernent unverändert damit liebäugelt, ein nicht finanzierbares Rathaus auf der grünen Wiese erstellen zu lassen, um gleichzeitig nach Abbruch des jetzigen Rathauses die Innenstadt mit einer riesigen Baulücke zu bereichern (*Investoren und Mietinteressenten sind weit und breit nicht vorhanden!!*) Seit dem Jahre 1999 werden Brandschutzsanierungsmaßnahmen im städtischen Haushalt veranschlagt. Es wird geprüft, geprüft, geprüft, es werden teure Gutachten in Auftrag gegeben, Architekturbüros stellen im Rathausfoyer den begeisterten Verwaltungsmitarbeitern und auch der Bürgerschaft Pläne vor. Es geschieht jedoch nichts. Ausreichende Mittel für eine Sanierung des Rathauses sind nicht einmal veranschlagt. Es wurden in den vergangenen Jahren Hunderttausende von Euro „investiert“, die bei einer erforderlichen Totalsanierung, wie jeder sachkundige Architekt bestätigen wird, in den Sand gesetzt sind.

Fazit: Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird diesem grausamen Spiel ein Ende bereiten und so schnell wie möglich sich dafür einsetzen, dass die notwendige Sanierung des Rathauses zur Vermeidung weiterer unnützigter Aufwendungen in die Wege geleitet wird.

Balcke-Dürr-Gelände

Nachdem auf dem sogenannten Calor-Emag-Gelände die Firmeneigentümerin bereits das Sagen hatte und nach ihren wirtschaftlichen Vorstellungen das Planungsverfahren beherrschte, sollte bei dem Balcke-Dürr-Gelände alles anders werden. Gegen den anfänglichen Widerstand der CDU-Fraktion in 1999 ent-

schied sich der Stadtrat, hier ein sogenanntes Gutachterverfahren durchzuführen. Vier namhafte Stadtplaner erarbeiteten Entwürfe, die sich nicht nur an den wirtschaftlichen Interessen des Grundstückseigentümers orientierten, sondern die gesamte Stadtentwicklung in den Vordergrund stellten. Nach Abschluss des Gutachterverfahrens hatte die Eigentümerin, die Rater-Grundstücksgesellschaft mbH (RGG), deren Geschäftsführer das CDU-Mitglied Mackenthum ist, sich nach den planerischen Vorgaben eines Düsseldorfer Architekturbüros zu richten. Zwischen der Stadt Ratingen und der RGG wurde ein Erschliessungsvertrag bezüglich des gesamten Komplexes geschlossen, der jedoch nur unter erheblichen Geburtswehen zustande kam. Der Entwurf des Erschliessungsvertrages, der von der anwaltlich beratenen RGG stammte, sollte zusammen mit dem Bebauungsplan in einer Ratssitzung im August 2002 verabschiedet werden. Einen Tag vor der Ratssitzung hat Herr Mackenthum die CDU-Fraktion über den Inhalt des Erschliessungsvertrages beraten. Die Verwaltung unter der besonderen Führung des Bürgermeisters Diedrich sowie CDU/FDP-Ratsmehrheit waren bereit, den Erschliessungsvertrag und den Planbeschluss in der Ratssitzung zu verabschieden.

Der Erschliessungsvertrag war einseitig zu Lasten der Stadt ausgerichtet. Es ging hier um ca. 2 Mio. Euro an Erschließungskosten, die unnötigerweise aus Steuergeldern zur Verfügung gestellt werden sollten. Außerdem sollten städtische Grundstücke im Wert von 900.000,00 € der Grundstückseigentümersin unentgeltlich übertragen werden. Dem damaligen Kämmerer Harald Birkenkamp ist es zu verdanken, dass er die vorerwähnten Unzuträglichkeiten offenlegte. Hinzu kam, dass der Erschliessungsvertrag nicht einmal seitens der RGG durch eine Bankbürgschaft abgesichert war.

Dies hinderte weder den Bürgermeister noch den FDP-Fraktionsvorsitzenden Becker daran, innerhalb der Ratssitzung und bei ständigen Unterbrechungen sich massiv dafür auszusprechen, dass gleichwohl Erschliessungsvertrag und Bebauungsplan verabschiedet werden sollten. Bezüglich des FDP-Fraktionsvorsitzenden Becker stellte sich später heraus, dass dieser Monate zuvor bereits auf dem Planungsgebiet für den TV Ratingen, dessen Vorsitzender er ist, ein Fitness-Center erbauen wollte. Bei diesem Millionen-Objekt war der TV Ratingen mit der RGG bereits geschäftlich verbunden. Trotz dieser offenkundigen Befangenheit haben sich Herr Becker und auch Mitglieder der CDU Fraktion, die ebenfalls dem Vorstand des TV Ratingen angehören, an der Beratung im Rat und den späteren Beschlussfassungen intensiv beteiligt.

In weiteren Sitzungen gelang es unserem Vorsitzenden, Lothar Diehl, und auch den übrigen Ratsfraktionen immerhin durchzusetzen, dass der Erschliessungsvertrag noch eine angemessene Änderung zugunsten der Stadt erfuhr und dass insbesondere die RGG eine Bankbürgschaft in der Größenordnung von 9,94 Mio. Euro stellen musste. Deren Höhe war zuvor von dem Baudezernenten errechnet worden.

Zwischenzeitlich ist die RGG in Insolvenz gefallen. Ohne die vorliegende Bürgschaft hätten aus allgemeinen Steuermitteln, also zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Ratingens, Mittel in Millionenhöhe bereitgestellt werden müssen.

Die handlungsunfähige RGG hat zwischenzeitlich eine Nachfolgefirma gefunden, nämlich die RS & Partner GmbH, Düsseldorf. Diese nimmt nunmehr massiven Einfluss auf den Erschließungsumfang, setzt Planänderungen durch und hat erkennbar im gesamten Balcke-Dürr Bereich die Macht übernommen. Es ist fest-

stellbar, dass die Stadtverwaltung in Erkenntnis dessen, dass die von ihr letztlich angegebene Bürgerschaftssumme der Höhe nach nicht ausreicht, alles daran setzt, ihr Versagen zu vertuschen. Von daher ist sie von dem neuen Erschließungsträger abhängig, akzeptiert billigere Erschließungsmaßnahmen und will so über die Runden kommen.

Ausdruck dieser Abhängigkeit ist auch der Umstand, dass die RS & Partner GmbH, wie allseits bekannt, unbekümmert und ohne Genehmigung Bodenaushub zu dem Teich Am Brüll gefahren und dort aufgeschüttet hat, nachdem gleichzeitig das dort befindliche Waldstück weitgehend gerodet worden war. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, dass die gesamte Aktion rechtswidrig war. Der Eingriff in die Naturidylle ist über Jahre hinaus nicht mehr gutzumachen.

Fazit ist, dass auch im vorliegenden Fall die Verwaltung, hier in der Person des Baudezernenten Dr. Netzel, nicht reagiert hat, nicht die zuständige Forstverwaltung sofort hinzuzog und die Öffentlichkeit mit falschen Auskünften beruhigen wollte. Auch eine derartige, im höchste Maße zu beanstandende Vorgehensweise führt in Ratingen bei den augenblicklichen Mehrheiten von CDU/FDP nicht zu irgendeiner Kritik, geschweige denn Ahndung.

Der vorstehend geschilderte Sachverhalt dokumentiert, wie sehr es notwendig ist, dass durch eine unabhängige Wählergruppe wie die **BÜRGER-UNION RATINGEN** Bürgerinteressen nicht nur zur Geltung kommen, sondern dass die hier vorhandenen Abhängigkeiten und Seilschaften beendet werden.

V. Umwelt

Ratingen als grüne Stadt ist der Pflege der Umwelt und dem Umweltschutz in besonderem Maße verpflichtet.

Unsere Erholungsflächen sind für alle von besonderer Bedeutung. Diese sind zu erhalten, außerdem ökologisch wichtige Flächen zu schützen.

Da Ratingen von mehreren Autobahnen umschlossen und dazu von zwei Schienentrassen durchzogen ist – von dem nahe gelegenen Flughafen gar nicht zu reden - spielt der Lärm- und Klimaschutz eine herausragende Bedeutung. Zusammen mit den interessierten Bürgern wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, Energie einzusparen und die Energieeffizienz zu steigern. Dazu gehören die Förderung einer energie- und ressourcensparenden Bauweise mit effektiver Wärmedämmung und eine sachkundige öffentliche Beratung.

Bereits bei der Bauleitplanung sollte ein kommunales Energiemanagement sowie ein Energie-Controlling einsetzen.

VI. Privatisierung

In Zeiten einer anhaltenden schwierigen Haushaltslage wird von politischer Seite verstärkt nach dem vermeintlichen Allheilmittel der Privatisierung städtischer Aufgaben und Zuschussobjekte gerufen. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** ist vom Grundsatz her bereit, an einer derartigen Umsetzung mitzuwirken. Sie

spricht sich jedoch gegen einen nicht durchdachten Aktionismus ohne betriebswirtschaftlichen Hintergrund aus. Die CDU reitet zur Zeit auf einer regelrechten Privatisierungswelle, ohne hierfür ansatzweise durchdachte Konzepte anzubieten.

Müllentsorgung

Geradezu unbelehrbar verfolgt die CDU ihr Lieblingsthema, privaten Entsorgungsfirmen den Rater Markt zu öffnen. Dem wird sich die **BÜRGER-UNION RATINGEN** mit aller Entschiedenheit entgegenstellen.

Mehrere neutrale Gutachter haben dem städtischen Baubetriebshof attestiert, dass dieser mit seinen 120 Mitarbeiter/innen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen optimale Leistungen erbringt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Gebühren in der Stadt Ratingen für die Abfallbeseitigung in den letzten Jahren stets gesenkt werden konnten. Bei einem Leistungsvergleich innerhalb des Kreises Mettmannes und auch zur Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt die Stadt Ratingen eine Spitzenposition ein. Die CDU Düsseldorf würde sich lieber heute als morgen von dem privaten Entsorgungsunternehmen AWISTA trennen.

Vor diesem Hintergrund ist die **BÜRGER-UNION RATINGEN** der Auffassung, dass eine Privatisierung der städtischen Müllabfuhr weder aus ökonomischen noch aus sonstigen Gründen einen Sinn macht. Die Abfallbeseitigung stellt einen besonders sensiblen Bereich der staatlichen Daseinsvorsorge dar. Diese ist wiederum ein unverzichtbarer Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Unter Fachleuten besteht die naheliegende Befürchtung, die sich zu einem Großteil auch schon bewahrheitet hat, nämlich dass das staatliche Monopol im Grunde genommen durch Oligopole ersetzt wird. Dies führt letztlich dazu, dass nur wenige Unternehmen, die jeweils über einen beachtlichen Teil am Gesamtmarkt verfügen, diesen untereinander aufteilen. Es haben viele Kommunen in der Vergangenheit feststellen müssen, dass bei einer Privatisierung die Abfallbeseitigungsgebühren innerhalb kürzester Zeit (1 bis 6 Jahre) erheblich angestiegen sind. Dies ist in der Regel darauf zurückzuführen, dass die Kommunen im Zusammenhang mit der Privatisierung das eigene Personal und den eigenen Fuhrpark „rückabgewickelt“ haben. Dadurch hat man sich in eine preiserhöhende Abhängigkeit zur Privatwirtschaft begeben.

Die von Sachverständigen bestätigte betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Baubetriebs kann auch nur zu der Konsequenz führen, dass diesem die gesamte Müllabfuhr im städtischen Gebiet, auch aus zusätzlichen Synergieeffekten, übertragen wird. Im Gegensatz zu privaten Anbietern ist zudem die städtische Müllabfuhr nicht auf Gewinn ausgerichtet und sie unterliegt auch nicht der Umsatzsteuer.

Insgesamt verbietet sich damit, was CDU/FDP verlangen, in eine europaweite Ausschreibung mit ungewissem Ausgang einzutreten.

Eissporthalle, Stadthalle

Der Zuschussbedarf für die Eissporthalle beträgt ausweislich des Haushaltsplanes 2004 539.000,00 €, der der Stadthalle beläuft sich auf 443.000,00 €. Alle Jahre wieder lässt die CDU in ihrem Wahlprogramm verlautbaren, Stadthalle, Eissporthalle und weitere defizitäre Objekte müssten privatisiert bzw. in eine

selbständige Gesellschaft eingebracht werden, um die städtischen Zuschüsse zu reduzieren. Bezüglich der Stadthalle ist dies nicht nachvollziehbar, da die CDU zu der erstaunlichen Feststellung gelangt, diese hätte „einen Spitzenplatz im Kongress- und Ausstellungswesen“. Bei dem jetzigen renovierungs- und erweiterungsbedürftigen Bauzustand sowohl der Stadt- als auch Eissporthalle wird man keinen Betreiber und damit auch keinen Investor finden, der hier einsteigt. Die Eissporthalle weist den Geburtsfehler auf, dass schlicht und einfach die Restauration und zusätzlicher damit verbundener Raumbedarf vergessen worden sind. Dieser Ertragsmangel, verbunden damit, dass zur Zeit kein hochklassiges Eishockey angeboten wird, führt dazu, dass weder von dritter Seite noch von seiten eines Eishockeyvereins ein zumindest kostendeckender Betrieb unter gleichzeitiger Reduzierung des städtischen Zuschusses möglich ist. Erschwerend kommt hinzu, dass von einem Betreiber auch noch öffentliche Eiszeiten in erheblichem Umfang angeboten werden müssen. Nicht anders ist es um die Stadthalle bestellt, bei der in erster Linie Vereine kostengünstige Veranstaltungen einfordern. Darüber hinaus sind bei der in die Jahre gekommenen Stadthalle erhebliche finanzielle Aufwendungen nötig, zu denen niemand ohne weiteres bereit sein wird, da diese später auch erwirtschaftet werden müssen. Hieran würde auch die Einbringung der Betriebe in eine Freizeit-GmbH nichts ändern; im Gegenteil würden der Stadt als Alleingesellschafterin nur zusätzliche, damit auch unnötige Kosten erwachsen.

Ohne Investitionen wird man an den augenblicklichen Zuständen, Gegebenheiten nichts ändern können. Die Eissporthalle hat nicht die technische Ausstattung einer sogenannten Mehrsporthalle, die es alleine ermöglichen würde, in der sogenannten „Eiszeit“ andere Veranstaltungen, Ereignisse anzubieten. Darüber hinaus wird man einen Investor, Hallennutzer nur dann finden, wenn man diesen überzeugen kann, dass eine entsprechende Hallenbelegung gesichert ist.

VII. Flughafen Düsseldorf

Der Flughafen Düsseldorf ist für die Region und damit auch für Ratingen von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Gleichmaßen steht aber auch fest, dass große Teile der Bevölkerung in Ratingen unter dem Fluglärm und der Schadstoffimmission leiden. Die sich hieraus ergebenden widerstreitenden Interessen waren und sind Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten. Der Angerlandvergleich aus dem Jahr 1965, der die Begrenzung des Ausbaues und eine Beschränkung des Flugbetriebes vorsieht, ist durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 05.09.2002 für unverändert wirksam angesehen worden. Damit ist für die Stadt Ratingen und für ihre Bürger eine gute Rechtsposition bestätigt worden. In der Entscheidung kommt jedoch auch gleichzeitig zum Ausdruck, dass in gewissem Umfang eine Anpassung an veränderte Umstände in Betracht kommen kann. Damit ist von gerichtlicher Seite den Parteien dringend „empfohlen“ worden, sich zu arrangieren. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** hält es für unausweichlich, endlich ernsthafte Verhandlungen mit dem Flughafen zu führen. Bislang wird eine derartige Gesprächsbereitschaft von allen Seiten angekündigt, ohne dass den Worten auch Taten gefolgt sind. Bevor man sich jedoch an einen gemeinsamen Tisch setzt, ist es erforderlich, die eigene Verhandlungsposition in jeder Hinsicht zu erarbeiten und anschließend festzulegen. Genauso wichtig ist es, anschließend erfahrene und kompetente Verhandlungsführer auszuwählen, die bei allem Verständnis für das Ganze die besonderen Interessen der Bürger wahrnehmen. In letzterer Hinsicht hat die **BÜRGER-**

UNION RATINGEN bei der jetzigen Besetzung der Verwaltungsspitze jedoch erhebliche Bedenken.

VIII. Zukunft der Stadtwerke

Bei den Stadtwerken handelt es sich um ein profitables Unternehmen, von dem die Stadt Ratingen als Mehrheitsgesellschafter in mannigfaltiger Hinsicht profitiert. Die beiden defizitären Schwimmbäder in Lintorf und Ratingen-Mitte werden aus Stadtwerke-Erlösen finanziert und damit am Leben gehalten. An den entsprechenden Investitionen und Kosten beteiligt sich der Minderheitsgesellschafter der Stadtwerke, die RWE Plus, nicht, erhielt aber in den vergangenen drei Jahren Renditen von mehr als 35 % des Eigenkapitals.

Gleichwohl hat die CDU/FDP-Ratsmehrheit, letztlich um Haushaltsprobleme zu lösen, einen weiteren Verkauf von Stadtwerkeanteilen betrieben. Dieses faule Geschäft konnte letztlich nur durch den großen Einsatz der Ratinger Bürger verhindert werden. Zwar fehlten zum Erfolg des Bürgerentscheids wenige Stimmen, aber durch die aufsehenerregende Diskussion wurde die Ratsmehrheit gezwungen, ein Gutachten einzuholen. Und das zeigte eindeutig: Die Bürgerinitiative gegen den Ausverkauf der Stadtwerke hatte in allen Punkten recht, der geplante Verkauf war wirtschaftlicher Unsinn und wurde abgeblasen.

Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass CDU und FDP nicht rückfällig werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die **BÜRGER-UNION RATINGEN** nicht bereit ist, in jeder Hinsicht zur Stärkung der Stadtwerke und damit zum Wohl ihrer Ratinger Kunden beizutragen. Wie im Bürgerbegehren zum Ausdruck, ist hier in erster Linie daran zu denken, Synergien und weitere Leistungsangebote durch Kooperationen mit benachbarten Stadtwerken anzustreben.

Unser Ziel ist ein leistungs- und zukunftsfähiges Unternehmen, dessen Energiepreisgestaltung sich nach den Interessen der Kunden und nicht nach dem Preisdiktat der Energiekonzerne richtet.

IX. Bürgersicherheit

Personalknappheit und Überlastung der Polizei haben dazu geführt, dass diese nach außen nicht mehr genügend Präsenz zeigt, insbesondere in den kleineren Stadtteilen nicht vorhanden ist. Dies führt nicht nur zu einer Häufung von Wohnungseinbrüchen, Autodiebstählen, sondern auch zu einer Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger in den Abend- und Nachtstunden. Es ist deshalb unerlässlich, dass uniformierte Polizeibeamte durch entsprechende Streifengänge Präsenz zeigen und damit das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerschaft erhöhen.

Zu überlegen wäre in diesem Zusammenhang, ob von seiten der Stadt die Einrichtung einer Sicherheitswacht organisiert werden kann. Diese könnte sich auch um Vergehen kümmern, die die öffentliche Ordnung stören (*u. a. Verunreinigungen, Vandalismus*). In diesem Zusammenhang sind die Erfahrungen anderer Kommunen (*z. B. Ingolstadt*) heranzuziehen, die sich bereits einer Sicherheitswacht in sinnvoller Ergänzung zu polizeilichen Aufgaben bedienen.

Dem zunehmenden „home-jacking“ muss durch stärkere polizeiliche Präsenz und Durchführung ordnungspartnerschaftlicher Maßnahmen (z.B. Installation einer Sicherungswacht) begegnet werden.

X. Soziale Verantwortung

Ratingen soll seine Leistungskraft als „Stadt der Generationen“ stärker herausarbeiten.

Glücklicherweise ist der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Ratingen weitgehend erfüllt. Eine leichte Unterversorgung in wenigen Stadtteilen muss schleunigst abgebaut werden. Dies gilt auch bei neuen Bauvorhaben, bei denen bereits im frühen Planungsstadium im Zusammenwirken mit dem jeweiligen Investor dem zukünftigen Bedarf Rechnung zu tragen ist.

Jugendtreff, Diskothek, Bolzplätze

Für die Jugendlichen müssen die vorhandenen Jugendtreffs unbedingt aufrechterhalten bleiben. Sie sind besonders notwendig in den Außenbezirken.

Es muss nicht diskutiert werden, dass viele Rater Jugendliche, gerade in den Abendstunden eine Diskothek vermissen. Auch hier sieht die **BÜRGER-UNION RATINGEN** eine besondere Aufgabe darin, Voraussetzungen zu schaffen, um zu verhindern, dass unsere Jugend gezwungen ist, außerhalb von Ratingen Unterhaltung zu finden. In diesem Bereich muss die Politik den Worten endlich Taten folgen lassen. Es reicht nicht aus, dass Bürgermeister Diedrich diesen Vorgang seit geraumer Zeit zur Chefsache erklärt hat, ohne bis heute ein Ergebnis aufzuweisen zu können. Selbstverständlich kann die Stadt Ratingen nicht selbst eine Diskothek betreiben. Das Problem liegt auch nicht darin, Investoren zu finden, sondern eine Lösung ist nur möglich, wenn erfahrene, leistungsstarke Betreiber interessiert werden. In diesem Bereich sieht die **BÜRGER-UNION RATINGEN** die besondere Aufgabe der Stadt, vorhandenen Investoren Hilfestellung zu gewähren und sich bundesweit selbst auch um geeignete Betreiber, Gesellschaften zu kümmern.

Auch für die Errichtung dringend benötigter, zusätzlicher Bolzplätze wird sich die **BÜRGER-UNION RATINGEN** einsetzen, da hier das Angebot im Stadtgebiet und in den Stadtteilen nicht ausreichend ist.

Erhalt der Altentagesstätten

Die Seniorenarbeit erfordert im Hinblick auf die Alterspyramide neue Rahmenbedingungen und Inhalte. Viele Senioren sind glücklicherweise bis ins hohe Alter in der Lage, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Nur für einen kleinen Teil der Senioren ist Betreuung in unterschiedlicher Intensität notwendig. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** setzt sich hier für eine effiziente, adäquate Betreuung verstärkt ein.

Bei allen Maßnahmen ist deshalb darauf zu achten, dass den Bedürfnissen der älteren Menschen Rechnung getragen wird (z. B. *Information und Beratung beim Umbau von Wohnungen, der Vermittlung seniorengerechter Wohnungen, Ruhezonen, Ruhebänke, Pflasterung*).

Das Miteinander, der Meinungsaustausch bei unseren Senioren muss weiterhin gewährleistet werden. Deshalb wird sich die **BÜRGER-UNION RATINGEN** der Schließung der vorhandenen Altentagesstätte widersetzen. Wirtschaftliche Gründe können hier sicherlich nicht herangezogen werden, wenn die Stadt auf der anderen Seite großzügig mit den Steuergeldern umgeht und Prestige-Objekte errichten lässt. Darüber hinaus muss auch die Möglichkeit gesucht werden, ehrenamtliche Kräfte zu gewinnen, die bereit und in der Lage sind, Verwaltungspersonal ganz oder teilweise zu ersetzen. Ein Beispiel hierfür ist die Altentagesstätte in Eggerscheidt, die ohne personelle Hilfe der Stadt Ratingen durch ehrenamtliche Tätigkeit zur Freude zahlreicher Besucher einer Schließung entging.

Verantwortung aus Solidarität

Zur Gemeinschaft der Bürger unserer Stadt gehören Arbeitende und Arbeitslose, Wohnende und Wohnungslose, Gesunde und Kranke, Alte und Junge, Einheimische und auch Ausländer. Niemand wird ausgegrenzt, jedem in der Not geholfen. Die Stadt soll nur dann selbst direkte Hilfe leisten, wenn Hilfe auf andere Weise nicht gewährleistet werden kann. Sie soll jedoch Rahmenbedingungen schaffen, durch die die Eigeninitiativen und Selbsthilfeorganisationen gestärkt und die solidarische Bürgerschaft gefördert wird.

Hierbei geht es nach Auffassung der **BÜRGER-UNION RATINGEN** um nachstehende Zielvereinbarungen:

1. Den Vereinen, Verbänden und Sozialinitiativen wird durch angemessene städtische Zuschüsse eine langfristige Perspektive eröffnet.
2. Die freien Träger und Selbsthilfegruppen sollen vertraglich finanziell abgesichert werden, so dass gewährleistet ist, dass geeignete und fachlich qualifizierte Mitarbeiter für die erforderlichen Aufgaben zur Verfügung stehen.
3. Zur Verschlankung der Sozialbürokratie im Rathaus sollen alle Aufgaben im Sozial-, Jugend- und Jugendhilfebereich offengelegt und die Relation zwischen der Anzahl der Mitarbeiter, deren Personal- und Kostenaufwand und der Leistung, die tatsächlich erbracht wird, aufgezeigt werden.
4. Die Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten der über 60-jährigen, die nicht mehr im aktiven Erwerbsleben stehen, müssen in Ratingen stärker genutzt werden. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** will deshalb einen Seniorenexpertenservice in Abstimmung mit dem Seniorenrat einführen.

XI. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Mitwirkungsmöglichkeiten und damit die Integration der Bürgerinnen und Bürger ausländischer Herkunft müssen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen weiterentwickelt werden. Eine stärkere Beteiligung bei den Wahlen zum Ausländerbeirat ist erwünscht. In Kindergärten und Horten ist eine Sprachförderung für ausländische Kinder unbedingt erforderlich. Dies gilt jedoch nicht nur im Kinderbereich, sondern auch Familienmitglieder müssen in eine Sprachförderung einbezogen werden. Es nutzt nur wenig, wenn die ausländischen Kinder in der Schule deutsch sprechen, zu Hause jedoch keinen „Gesprächspartner“ hierfür finden. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine Grundvorausset-

zung zur Integration, letztlich wird über diesen Weg auch nur das Verständnis zwischen Einheimischen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern verstärkt. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird sich deshalb dafür einsetzen, Sprachdefizite abzubauen.

XII. Kultur und Sport

Neben der Schule gehören Kultur und Sport zur Daseinsvorsorge und sind damit auch Kernfaktoren einer jeden Stadt. Für eine kontinuierliche Weiterentwicklung muss die Verwaltung im Sinne eines modernen Managements den Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich als Gemeinschaftsaufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte verstehen. Dieser Gedanke der Vernetzung - vor allem auch mit den freien Trägern - ist gerade auch im Kulturbereich wesentlich. Nur so lässt sich eine eigenständige und unverwechselbare, von den Kulturschaffenden gestaltete und von der Bevölkerung - auch den Vereinen - akzeptierte und von der Politik getragene Kulturszene schaffen.

Eine Stadt wie Ratingen, umgeben von Großstädten mit bedeutenden Kultureinrichtungen, muss sich naturgemäß auf „Kulturnischen“ konzentrieren. Denn allein hierdurch werden interessierte Besucher herangezogen und damit wird auch gleichzeitig dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen.

Für die Lebensqualität in einer Stadt ist eine funktionierende Sportlandschaft von grundsätzlicher Bedeutung. Im Zuge der zunehmenden Freizeitgesellschaft spielt der Sport eine immer wichtigere Rolle - dies nicht nur im Hinblick auf den Spaß an der sportlichen Bewegung, sondern auch im Hinblick auf pädagogische, soziale und gesundheitspräventive Werte, die sportliches Handeln auszeichnen.

Die Stadt Ratingen kann sich glücklich schätzen, dass ca. 25 % der Bevölkerung sich einem der zahlreichen Sportvereine angeschlossen hat.

Pakt für den Sport

Die darin zum Ausdruck kommende sportliche Daseinsvorsorge will die **BÜRGER-UNION RATINGEN** künftig als Gemeinschaftsaufgabe der öffentlichen Sportverwaltung und der Sportselbstverwaltung verstanden wissen. Der bereits vertraglich ausformulierte sogenannte Pakt für den Sport (*Vertrag zwischen der Stadt Ratingen und dem Stadt Sportverband Ratingen e. V.*) findet die Zustimmung und Unterstützung der **BÜRGER-UNION RATINGEN**.

Die dortigen Absichtserklärungen müssen jedoch in die Tat umgesetzt werden, wobei zutreffend die Rede davon ist, dass zunächst der vorhandene Bestand an Sportstätten nachhaltig in seiner Substanz gesichert werden soll. Vernünftigerweise wird aber auch darauf Rücksicht genommen, dass die Sportförderung der öffentlichen Hand zur Zeit nur begrenzte Mittel zur Verfügung stellt. In dem Pakt für den Sport wird deshalb zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Erweiterung des Sportstättenangebots und damit einhergehende Investitionen letztlich nur noch auf Initiativen der Vereine zurückgehen können.

Damit wird zutreffend die wiederholte, angeblich wahlwirksame Aussage der CDU ins rechte Licht gerückt, nämlich dass diese sich unverdrossen, trotz der Erfahrungen der Vergangenheit, für den Bau von Sporthallen in Homberg, Breitscheid und Mitte einsetzt. Dieses „politische Kaugummithema“ der vergangenen

Jahre, welches ständig den Rat und die Ausschüsse beschäftigt hat, sollte vernünftigerweise erst wieder auf der Tagesordnung stehen, wenn es finanziert werden kann. Die Verwirklichung ist zur Zeit schlicht und einfach angesichts der übrigen Großprojekte (*Rathaus, Feuerwehr*) wirtschaftlich nicht zu verkraften.

Voll und ganz wird sich die **BÜRGER-UNION RATINGEN** dafür einsetzen, dass der Jugend- und Schulsport aktiviert wird, was insbesondere im Rahmen der diesseits befürworteten Offenen Ganztagsschule zu einem aktuellen Thema wird. Hier sind sämtliche Vereine in Ratingen zur Mitwirkung aufgerufen.

Zutreffend ist in dem Pakt für den Sport auch die Rede davon, dass die knappen öffentlichen Mittel, die zudem zweckgebunden sind, gleichmäßig und gerecht unter den Vereinen aufgeteilt werden.

Gerechte Verteilung der Sportförderung

Diese richtige Aussage ist indes gerade von der Verwaltung und den Mehrheitsfraktionen CDU/FDP eklatant verletzt worden.

Das Land NRW hat die Sportförderung umgestellt. Anstelle des bisherigen Antragsverfahrens für einzelne konkrete Objekte erhalten die Städte und Gemeinden nunmehr Pauschalen, die für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, die Sanierung sowie Modernisierung und den Erwerb von Sportstätten eingesetzt werden können. Der Stadt Ratingen steht ein Jahresbetrag von 219.000,00 € zur Verfügung. Dieser Betrag wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion für das Jahr 2003 in voller Höhe dem TV Ratingen, für das Jahr 2004 zur Hälfte und für das Jahr 2006 zu 1/3 zugesprochen. Die übrigen pauschalen Mittel sind durch Ratsbeschluss auf Vorschlag der Verwaltung auf zwei weitere Vereine verteilt worden. Die restlichen Vereine und auch Schulen, die mit ihren Einrichtungen den Vereinssport unterstützen, gehen damit für 3 Jahre leer aus.

Der TV Ratingen erhält damit insgesamt über 400.000,00 € für das von ihm auf dem Balcke-Dürr-Gelände zu erstellende Fitness-Center, ein Projekt, bei dem unseres Erachtens sogar die Förderwürdigkeit sehr in Frage steht, handelt es sich hier doch um eine Konkurrenz zu privaten Fitness-Center-Betreibern. Dass der TV Ratingen für diese mehr als großzügige Förderung nicht einmal einen Finanz- und Wirtschaftsplan vorlegen musste, setzt dem Ganzen die Krone auf. Das hat es bislang in Ratingen noch nicht gegeben.

Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird sich mit aller Entschiedenheit gegen derartige Vorgehensweisen wenden und von der Verwaltung ein sachgerechtes Handeln fordern.

Auch Spitzensport ist wichtig

Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird sich darüber hinaus auch dafür einsetzen, dass nicht nur dem Breitensport die ihm zukommende Bedeutung beigemessen wird, sondern dass auch Spitzensport in Ratingen die erforderliche Beachtung findet. Hier geht es nicht nur gleichzeitig um Stadtmarketing, sondern auch darum, dass Spitzensportler heimischer Vereine der nachwachsenden Jugend nicht nur ein Vorbild, sondern auch einen Anreiz vermitteln. Einer Stadt wie Ratingen in der Größenordnung von fast 100.000 Einwohnern ist es nicht zuträglich, dass Ratingen 04 im Fußball gerade aus der Oberliga in die Verbandsliga abgestiegen ist, dass die Ice-Aliens in der untersten Liga spielen und dass die Tennis-Damen des LTC Lintorf soeben aus der Bundesliga abgestiegen sind. Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt

nicht nur entsprechende Rahmenbedingungen schafft, sondern im Zusammenwirken mit der heimischen Wirtschaft auch die zusätzlich erforderliche wirtschaftliche Unterstützung erbringt, um attraktiven Spitzensport zu ermöglichen.

Es kann nicht angehen, dass in dem mit ca. 10 Mio. DM umgebauten „Schmuckkästchen“ Stadion lediglich Einmalveranstaltungen stattfinden.

XIII. Mit den Bürgern für die Bürger

Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird, nicht zuletzt auch aus den Erfahrungen des Bürgerbegehrens heraus, alles daran setzen, dass die Bürgermeinung gefragt ist, dass die Bürger rechtzeitig über wichtige Entscheidungen, insbesondere Bauvorhaben, informiert werden. Es ist für die **BÜRGER-UNION RATINGEN** ein Selbstverständnis der Demokratie, dass die Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig informiert, damit diese überhaupt in die Lage versetzt werden, ihre Anregungen und auch Einwendungen vorzutragen.

„Eiffel-Turm“ in Eggerscheidt/Hösel

Über Nacht wurde dort auf freiem Feld zum Entsetzen der Bevölkerung ein gigantischer Funk-Sendemast in Höhe von ca. 100 m installiert. Dieses unansehnliche Eisengerippe-Monstrum hat das bekannte Erscheinungsbild der idyllischen „Waldgemeinden“ erheblich beeinträchtigt und prägt das gesamte Ortsbild. All dies ist ohne jegliche Vorwarnung geschehen, und der zuständige Bezirksausschuss Hösel/Eggerscheidt wurde erstmals mit dem Vorgang am 24.06.2004 befasst. Auch wenn man anerkennen muss, dass in der modernen Telekommunikationsgesellschaft Funk-Sendemaste unverzichtbar sind, ist es nicht hinnehmbar, wie vorliegend verfahren worden ist. Die Mobilfunkbetreiber können sich nicht darauf beschränken, Nutzungsverträge mit dem jeweiligen Grundstückseigentümer zu schließen, sondern sie müssen sich auch mit der zuständigen Bauverwaltung der Stadt ins Benehmen setzen. Von dort aus besteht dann die Möglichkeit, Einwendungen zu erheben, Anregungen zu machen, die sich zum einen auf die Strahlenschutzproblematik beziehen und zum anderen auch die Standortfrage, insbesondere die Baulichkeit und die Höhe eines Sendemastes, thematisieren. Alle diese Möglichkeiten sind hier von der Stadt Ratingen ungenutzt geblieben, und zwar zum weit sichtbaren Schaden der Bevölkerung in Eggerscheidt/Hösel.

Die **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird nicht nur bereits vorhandene Problemfelder noch einmal mit den Bürgerinnen und Bürgern ansprechen, sondern auch in Zukunft verhindern, dass derartige Unzumutbarkeiten sich wiederholen. Im letzteren Fall sind die Verantwortlichkeiten der Verwaltung bis zum Verwaltungschef und den Dezernenten zu klären. Es müssen dann auch personelle Konsequenzen gezogen werden.

Windkrafträder

In Homberg hat die Verwaltung klammheimlich Anfang April 2002 zwei Anträge von Bauvorbescheiden positiv beschieden, die die Errichtung von Windenergieanlagen in der Größenordnung von 133,5 m/140 m vorsehen. Die Verwaltung hat zunächst einmal diesen Sachverhalt bagatellisiert und dann lediglich von einem Bauvorbescheid gesprochen, bevor eine Homberger Bürgerinitiative auch noch den zweiten Bauvorbescheid entdeckte. Die Homberger Bevölkerung wurde anschließend von der Bauverwaltung dergestalt getröstet, man werde mit guter juristischer Begründung die Bauvorbescheide zurücknehmen. Der Bauherr (*BBB Umwelttechnik*) hat die Stadt zwischenzeitlich in einem Eilverfahren verklagt.

Nachdem hier im Baugenehmigungsverfahren bereits vollendete Tatsachen ohne Information und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen wurden, hat sich die Verwaltung mit Assistenz von CDU/FDP entschlossen, zwei Flächen in Homberg durch gleichzeitige Änderung/Ergänzung des Flächennutzungsplans zu sogenannten Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen zu erklären. Wenn der Stadtrat zu guter Letzt, was aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zu erwarten ist, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgt, so werden hierdurch die beiden erwähnten Bauvorbescheide „abgesegnet“. Auch diese Vorgehensweise kann nur so gewertet werden, dass die Verwaltung ihre eigenen Prozessaussichten in dem gerichtlichen Verfahren als sehr gering ansieht. Soweit in dem Flächennutzungsplan eine „Korrektur“ zur Höhe vorgenommen wird, nämlich eine Anlage auf 100 Meter zu begrenzen, so ist zweifelhaft, ob dies im Einzelfall durchgesetzt werden kann, insbesondere wenn bereits Bauvorbescheide vorliegen, die eine Höhe bis zu 140 m ermöglichen.

Auch hier hat die Verwaltung bürgerfeindlich gehandelt und sich in eine Rechtsposition begeben, die mehr oder weniger vollendete Tatsachen nunmehr hervorgerufen hat.

Darüber hinaus halten wir es für nicht notwendig, voreilig Konzentrationsflächen zu bestimmen. Das „Für und Wider“ einer derartigen endgültigen Entscheidung mit schwerwiegenden Folgen muss in jeder Hinsicht geprüft und beurteilt werden. In anderen Städten und Gemeinden geht man an dieses Thema mit großer Vorsicht und Akribie heran. Es stellt sich überhaupt die Frage, ob Windkraftträder im Stadtgebiet von Ratingen aus übergeordneten Interessen hinnehmbar sind. Dies gilt umso mehr, weil Betreiber zunehmend aus ökonomischen Gesichtspunkten Anlagen mit Höhen von weit mehr als 100m für notwendig erachten.

Zu den Mehrheitsfraktionen CDU/FDP ist noch anzumerken, dass diese aller Voraussicht nach ihre Entscheidung aus wahltaktischen Gründen nicht mehr in einer Ratssitzung vor den Kommunalwahlen behandelt wissen möchten. Nach üblichen „Strickmuster“ werden sie dann eine Vertagung wünschen und mehrheitlich durchsetzen.

Mit der **BÜRGER-UNION RATINGEN** wird sich die Verwaltungsspitze in Zukunft anders verhalten müssen. Sie wird eine rechtzeitige, transparente Informationspolitik zu einer wesentlichen Grundlage ihres Verwaltungshandelns machen müssen.

Als **BÜRGER-UNION RATINGEN** wissen wir, dass eine gute Zukunft nur dann zu erlangen ist, wenn

- wir nachdenken, um vordenken zu können,
- wir Politik mit klarem Kopf und warmem Herzen gestalten,
- das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erlangen,
- unsere Politik kompetent, aufrichtig, unabhängig ist und bleibt.

BÜRGER-UNION RATINGEN

Zum Schluchtor 20

40883 Ratingen

Telefon: (02102) 102 97 55

Telefax: (02102) 102 97 56

Internet: www.buerger-union.ratingen.de

E-Mail: info@buerger-union-ratingen.de



© BÜRGER-UNION RATINGEN Juli 2004